


## Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.08.2016

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	18:25 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter:</b>	Herr Möller
<b>Schriftführerin:</b>	

### Tagesordnung:

		<b>Drucksachen- Nummer</b>
I.	<b>Öffentlicher Teil</b>	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift	
3.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 12.05.2016	
3.2.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 02.06.2016	
4.	Dringliche Angelegenheiten	

- |        |  |                |
|--------|--|----------------|
| 4.1.   | Dringliche Informationsaufforderung - Bürgerbeteiligung im Rahmen der Debatte um die Kita-Gebühren<br>BE: Herr Kordon, Fraktion CDU<br>hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur   | <b>1534/16</b> |
| 4.2.   | Bildung eines zeitweiligen Unterausschusses "Entgeltordnung"<br>BE: Herr Hack, Vorsitzender UA Kita  | <b>1477/16</b> |
| 4.3.   | Entgeltordnung Kindertageseinrichtungen<br>BE: Herr Kordon, Fraktion CDU<br>hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur  | <b>1530/16</b> |
| 4.4.   | Dringliche Informationsaufforderung - Beteiligung Eltern nach § 10 KitaG<br>BE: Frau Kohler, Stadtelternbeirat Erfurt<br>hinzugezogen: Leiter des Dezernates für Bürgerservice und Sicherheit, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur | <b>1524/16</b> |
| 4.5.   | Dringliche Informationsaufforderung - Umbaumaßnahmen in der Kita "Marbacher Lausbuben"<br>BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN<br>hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur                            | <b>1535/16</b> |
| 5.     | Einwohnerfragestunde   |                |
| 6.     | Behandlung von Entscheidungsvorlagen   |                |
| 6.1.   | Vertagung aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.06.2016 - Konzeption Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege<br>BE: amt. Leiterin des Jugendamtes  | <b>0199/16</b> |
| 6.1.1. | Antrag des Unterausschusses Kita zur Drucksache 0199/16 - Konzeption Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege<br>BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen<br>hinzugezogen: amt. Leiterin des Jugendamtes                  | <b>1383/16</b> |

- |        |  |                |
|--------|--|----------------|
| 6.2.   | Verfahren zur Fortschreibung der Maßnahmeplanung Familienbildung und Familienförderung<br>BE: Vorsitzender Unterausschuss Familienförderung<br>hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur | <b>1256/16</b> |
| 6.3.   | Interessenbekundungsverfahren zur Trägerschaft der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an Grundschulen und Berufsbildenden Schulen ab 01.01.2017<br>BE: amt. Leiterin des Jugendamtes  | <b>1342/16</b> |
| 6.3.1. | Befristete Übernahme der Leistung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an Grundschulen und Berufsbildenden Schulen vom 01.08.2016 bis 31.12.2016<br>BE: amt. Leiterin des Jugendamtes   | <b>1340/16</b> |
| 6.3.2. | Antrag des Herrn Möller, Fraktion SPD zur Drucksache 1342/16 Interessenbekundungsverfahren zur Trägerschaft der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an Grundschulen und Berufsbildenden Schulen ab 01.01.2017 (Mindestvergütung) | <b>1539/16</b> |
| 7.     | Festlegungen des Ausschusses   |                |
| 7.1.   | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.06.2016 - Stand Anerkennung freie Trägerschaft "Jesus- Projekt Erfurt e.V."<br>BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur | <b>1206/16</b> |
| 8.     | Informationen  |                |
| 8.1.   | Informationsaufforderung - Konzept Frühförderung<br>BE: Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses<br>hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur   | <b>1437/16</b> |
| 8.2.   | Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)<br>BE: amt. Leiterin des Jugendamtes  |                |
| 8.3.   | Sonstige Informationen   |                |

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es waren 15 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Möller begrüßte alle Mitglieder und Gäste des Ausschusses.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende ließ über die Dringlichkeit der folgenden Vorlagen abstimmen.

- DS 1477/16 – Bildung eines zeitweiligen Unterausschusses "Entgeltordnung"

Dringlichkeit wie folgt bestätigt: Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beraten unter TOP 4.2

- DS 1524/16 – Dringliche Informationsaufforderung – Beteiligung nach § 10KitaG

Dringlichkeit wie folgt bestätigt: Ja 14 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Beraten unter TOP 4.4

- DS 1530/16 – Entgeltordnung Kindertageseinrichtungen

Dringlichkeit wie folgt bestätigt: Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beraten unter TOP 4.3.

- DS 1534/16 – Dringliche Informationsaufforderung – Bürgerbeteiligung im Rahmen der Debatte um die Kitagebühren

Dringlichkeit wie folgt bestätigt: Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beraten unter TOP 4.1.

- DS 1535/16 – Dringliche Informationsaufforderung – Umbaumaßnahmen in der Kita "Marbacher" Lausbuben

Dringlichkeit wie folgt bestätigt: Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beraten unter TOP 4.5.

### **3. Genehmigung der Niederschrift**

#### **3.1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 12.05.2016**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**genehmigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0**

#### **3.2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 02.06.2016**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**genehmigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0**

### **4. Dringliche Angelegenheiten**

#### **4.1. Dringliche Informationsaufforderung - Bürgerbeteiligung 1534/16 im Rahmen der Debatte um die Kita-Gebühren BE: Herr Kordon, Fraktion CDU hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So- ziales, Bildung und Kultur**

Die TOP's 4.1. bis 4.3. wurden im Block behandelt.

Die Drucksache lag den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgte auf Grund der Kurzfristigkeit der Anfrage mündlich.

Ein Vertreter des Jugendamtes beantwortete die von Herrn Kordon gestellten Fragen wie folgt:

1. In welcher Weise ist im Rahmen der aktuellen bereits offenkundigen Diskussion über die Erhöhung der Kita-Gebühren die Bürger- bzw. Elternbeteiligung geplant?
  - ➔ Neben der (Vor-) Beratung im Unterausschuss, Jugendhilfeausschuss und Stadtrat sind die Elternbeiräte, freien Träger und die AG Kita zu beteiligen. (vgl. Stellungnahme zu DS 1530/16 und Sachverhalt der DS 1312/16 – Entgeltordnung der Landeshauptstadt Erfurt über die Erhebung von Betreuungsentgelten und Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (KitaEO))
  
2. Ab wann werden die Eltern öffentlich über Erhöhungen informiert?
  - ➔ September/Oktober
  
3. Wird es Ihrerseits direkte Gespräche mit den Eltern geben?
  - ➔ Es wird Gespräche mit den Elternbeiräten als Elternvertreter geben.
  
4. Welche Gespräche fanden im Sinne der im Stadtrat diskutierten besseren Bürgerbeteiligung bereits statt? Welche Ansprechpartner wurden bereits eingebunden?
  - ➔ Bei der Erarbeitung der Drucksache 1213/16 fand keine Bürgerbeteiligung statt. Die Vorlage wurde von der Verwaltung erarbeitet.
  
5. Planen Sie die Einbeziehung der Elterninitiative "Gegen die Erhöhung von Kita-Gebühren" in weitere Gespräche?
  - ➔ Der weitere Verlauf sieht eine Vorberatung in dem entsprechenden Unterausschuss bzw. im Jugendhilfeausschuss vor. Dem Unterausschuss steht es frei, jegliche Personen die mit fachlicher Kompetenz zur konstruktiven Beratung beitragen hinzuzuziehen.

Bezugnehmend auf die in der Vergangenheit stattgefundenen Beratungen und Vereinbarungen zum Thema Bürgerbeteiligung betonte Herr Kordon, dass bei Projekten mit hohem finanziellem Umfang und Auswirkungen für einen größeren Personenkreis eine frühzeitige Bürgerbeteiligung stattfinden soll. Eine Beteiligung der Elterninitiative sei daher bereits bei der Erarbeitung der Vorlage angebracht gewesen. Herr Kordon fragte weiter, in welcher Form zukünftig Bürgerbeteiligung zu diesem Thema stattfinden wird.

**zur Kenntnis genommen**

**4.2. Bildung eines zeitweiligen Unterausschusses "Entgeltordnung"**  
**BE: Herr Hack, Vorsitzender UA Kita**

1477/16

Die Entscheidungsvorlage sowie eine Stellungnahme der Verwaltung lagen den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Hack stellte die Entscheidungsvorlage zur Bildung eines zeitweiligen Unterausschusses "Entgeltordnung" kurz vor und begründete diese wie folgt:

In der Junisitzung des Jugendhilfeausschusses wurde die Revision der bestehenden Entgeltordnung in den Unterausschuss Kindertageseinrichtung verwiesen. Die Diskussion zur durch die Stadtverwaltung eingebrachten neuen Entgeltordnung steht im Konflikt mit der Revision der bestehenden Entgeltordnung. Die Gründung eines neuen Unterausschusses ist erforderlich, um die alte Entgeltordnung zu prüfen und mögliche Schwächen zu analysieren. Im Falle einer neuen Entgeltordnung ist diese ebenfalls zu beraten.

Des Weiteren gab Herr Hack zu bedenken, dass zukünftig dem Unterausschuss Kindertageseinrichtungen mit der Kita-Bedarfsplanung sowie dem Kita-Sanierungsplan ein größerer Beratungsaufwand bevorsteht.

Da die Betreuung des Unterausschusses laut Stellungnahme der Stadtverwaltung auf Grund mangelnder personeller Ressourcen nicht gewährleistet werden kann, beurteilte Herr Hack bei einem Thema dieser Wichtigkeit als nicht nachvollziehbar.

Vor der Abstimmung wurden folgende Ausschussmitglieder des Unterausschusses "Entgeltordnung" benannt:

	<i>Mitglied</i>	<i>1. Stellvertreter/-in</i>	<i>2. Stellvertreter/-in</i>
<i>nach Beschlusspunkt 1a</i>			
1	Denny Möller	Ralf Jungnickel	
2	Dr. Jürg Kasper	Peter Weise	Michael Panse
3	Thomas Schmidt	Carola Hettstedt	Johannes Feutlinske
4			
5	Alexandra Bernhardt	Stefanie Hantke	Daniel Stassny
<i>nach Beschlusspunkt 1b</i>			
6	Michael Hack	Achim Ries	Miriam Trautwein
7	Uwe Edom		
8	Jens Uhlig		
<i>nach Beschlusspunkt 1c</i>			
9	Anika Diez	Rebecca Kohler	
10			
<i>nach Beschlusspunkt 1d</i>			
11			
12			
<i>nach Beschlusspunkt 1e</i>			
13			

**beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

01

Es wird ein zeitweiliger Unterausschuss „Entgeltordnung“ für Elternentgelte in der Kindertagesbetreuung in Erfurt eingesetzt. Der Unterausschuss besteht aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern bei folgender Zusammensetzung:

- a) fünf Mitglieder aus den Reihen der durch den Stadtrat gewählten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2a der Satzung des Jugendamtes,
- b) drei Mitglieder aus den Reihen der durch die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe benannten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2b der Satzung des Jugendamtes,
- c) je ein Mitglied auf Vorschlag des Erfurter Stadteltererbeirates Kita und der AG „Kindertagesbetreuung und Tagespflege“ der Stadt Erfurt (nach § 78 SGB VIII),
- d) zwei Mitglieder aus der Verwaltung des Jugendamtes. sowie
- e) ein Mitglied der Stadtverwaltung aus dem Bereich Finanzen.

02

Der Unterausschuss wird beauftragt, gemäß Stadtratsbeschluss zur DS 0396/14 und der Revisionsklausel der „Entgeltordnung der Landeshauptstadt Erfurt über die Erhebung von Elternentgelten und Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege“ zu prüfen, in welcher Höhe die Entgelte noch angemessen und erforderlich sind. Die Prüfung soll zudem insbesondere folgende Punkte beinhalten:

- I. eine Einschätzung zur Umsetzung der einheitlichen Entgeltordnung, die für alle Betreuungsverhältnisse sozial gerechte, faire und nachvollziehbare Entgelte ermöglicht, um eine Beitragsgerechtigkeit in Erfurt herzustellen
- II. die Anpassung der Freibeträge in Ziffer 2.7 der Entgeltordnung an die gültigen Regelsätze in Anlehnung an §90 SGB VIII III. die Anpassung an mögliche Änderungen der Einkommensdefinition in Anlehnung an die ThürHortKBVO
- IV. die Anwendbarkeit der Regelungen der einheitlichen Entgeltordnung
- V. die Angemessenheit des Beitragsaufkommens
- VI. die Angemessenheit des Verwaltungsaufwandes und dessen Refinanzierung
- VII. die Angleichung der Beiträge für Kindern unter 2 Jahren an die Beiträge für die Kindern über 2 Jahre

03

Der Unterausschuss wird beauftragt, dem Jugendhilfeausschuss bis in seiner Novembersitzung erste Ergebnisse der Prüfung zu unterrichten und mögliche Handlungsempfehlungen zu unterbreiten.

04

Der Jugendhilfeausschuss bestellt namentlich folgende Mitglieder sowie deren Stellvertretung: ( siehe Anlage 1 Mitglieder des Unterausschusses Entgeltordnung )



**4.3. Entgeltordnung Kindertageseinrichtungen**  
**BE: Herr Kordon, Fraktion CDU**  
**hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-**  
**ziales, Bildung und Kultur**

1530/16

Die Drucksache sowie eine Stellungnahme der Verwaltung lagen den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Kordon betonte, dass es nicht Aufgabe des Jugendhilfeausschusses bzw. des Unterausschusses sei die Aufgaben der Stadtverwaltung zu übernehmen. Zielführender sei es, wie ursprünglich vorgesehen, eine Revision der bestehenden Entgeltordnung im entsprechenden Unterausschuss durchzuführen und aus den Ergebnissen Vorschläge zu erarbeiten. Da diese Abläufe bisher nicht stattfanden, sprach sich Herr Kordon für eine Zurückverweisung der DS 1312/16- Entgeltordnung der Landeshauptstadt Erfurt über die Erhebung von Betreuungsentgelten und Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (KitaEO) in die Verwaltung aus.

Des Weiteren kritisierte Herr Kordon die von Beginn an fehlende Bürgerbeteiligung. Abschließend begründete er die Rückverweisung der Vorlage in die Stadtverwaltung Erfurt mit fehlenden Informationen, um eine Entscheidung über die Vorlage zur Entgeltordnung zu treffen.

Herr Groß betonte, dass die Vorlage zur Entgeltordnung nicht nur zurück in die Verwaltung verwiesen werden solle. Er schlug vor, die im nichtöffentlichen Teil zu beratende Drucksache 1312/16 – Entgeltordnung der Landeshauptstadt Erfurt über die Erhebung von Betreuungsentgelten und Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (KitaEO) abzulehnen.

Es soll erst, wie vorgesehen, die Revision der bestehenden Entgeltordnung im Unterausschuss beraten und auf Grundlage der Ergebnisse über Änderungen diskutiert werden.

Herr Weise und Herr Edom unterstützen den Vorschlag von Herrn Groß.

Herr Edom gab zu bedenken, dass eine mögliche Ablehnung der oben genannten Drucksache zur Entgeltordnung im nichtöffentlichen Teil nicht automatisch bedeutet, dass die Drucksache nicht im Stadtrat weiterberaten wird.

Da die im nichtöffentlichen Teil zu beratende Drucksache 1312/16 für die Entscheidung der DS 1530/16 maßgeblich ist, beantragte Herr Kordon die Verweisung seiner Vorlage in den nichtöffentlichen Teil.

Hiergegen erhob sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Bezugnehmend auf die Sachverhaltserläuterungen der oben genannten Vorlage sowie der Diskussion um Bürgerbeteiligung nahm der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, Stellung zur demokratischen Arbeit des Jugendhilfeausschusses. Hierbei ging er auf die Besetzung

der gewählten Vertreter in den Unterausschüssen sowie im Jugendhilfeausschuss ein, insbesondere auf die gewählte Elternvertretung aller Kindertagesstätten in Erfurt. Durch die Mitwirkungsrechte des Stadelternbeirates Kita ist eine demokratisch legitimierte Vertretung der Erfurter Eltern gewährleistet. Dies haben die Eltern in der Vergangenheit auch intensiv genutzt. Ebenso sind alle städtischen Akteure rund um die Betreuung der Kinder in Kitas an Prozessen des Jugendhilfeausschusses aktiv beteiligt.

Frau Karger antwortete, dass die Vorlage nicht als Kritik an der demokratischen Arbeit des Jugendhilfeausschusses oder einer mangelnden Bürgerbeteiligung im Rahmen der Jugendhilfe zu verstehen sei.

#### **zurückgezogen <sup>1</sup>**

- 4.4. Dringliche Informationsaufforderung - Beteiligung Eltern nach § 10 KitaG 1524/16**  
**BE: Frau Kohler, Stadelternbeirat Erfurt**  
**hinzugezogen: Leiter des Dezernates für Bürgerservice und Sicherheit, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur**

Die Vorlage sowie eine Stellungnahme der Stadtverwaltung lagen den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Frau Kohler bedankte sich für die Beantwortung ihrer Fragen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **zur Kenntnis genommen**

- 4.5. Dringliche Informationsaufforderung - Umbaumaßnahmen in der Kita "Marbacher Lausbuben" 1535/16**  
**BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**  
**hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur**

Die Drucksache lag den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgte mündlich.

Ein Vertreter des Jugendamtes informierte, dass auf Grund der Kurzfristigkeit der Anfrage eine Stellungnahme in Kooperation mit dem Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung erfolgt.

---

<sup>1</sup> Siehe TOP 2 – Änderungen zur Tagesordnung sowie TOP 4.2. - Entgeltordnung der Landeshauptstadt Erfurt über die Erhebung von Betreuungsentgelten und Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (KitaEO) der nichtöffentlichen Niederschrift.

tung nicht möglich war. Das in der Vorlage genannte Schreiben des Elternbeirates zu den Umbaumaßnahmen in der Kita "Marbacher Lausbuben" war dem Jugendamt Erfurt bisher nicht bekannt. Er ging weiterhin auf die Finanzierung der Maßnahmen aus dem Sammelnachweis 2 ein, es handelt sich insofern nicht um investive Maßnahmen.

Der Vertreter des Jugendamtes verwies auf eine für September vorgesehene Stadtratsanfrage von Herrn Panse (DS 1529/16 - Unvollendete Umbaumaßnahmen in der Kita "Marbacher Lausbuben"), welche sich thematisch mit der Beantwortung der von Frau Rothe-Beinlich gestellten Anfrage deckt.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, bat um Beantwortung der Anfrage unter Berücksichtigung der Informationen aus der Stadtratsanfrage von Herrn Panse zur kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.09.2016.

## **vertagt**

### **5. Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Einwohneranfragen.

### **6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen**

#### **6.1. Vertagung aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.06.2016 - Konzeption Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege BE: amt. Leiterin des Jugendamtes 0199/16**

Die Tagesordnungspunkte 6.1. und 6.1.1. wurden gemeinsam beraten.

Auf Vorschlag der Vertreter des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen wurde folgende Festlegung zur Konzeption der Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen getroffen:

1559/16	<p>Im Rahmen der Kita – Bedarfsplanung und einer frühzeitigen Beteiligung der Ortsteilbürgermeister findet im Januar 2017 eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses unter Hinzuziehung aller Ortsteilbürgermeister statt. Die 90-minütige Sondersitzung wird im Vorfeld zur regulären Sitzung des Jugendhilfeausschusses stattfinden.</p> <p>Die Vertreter des Jugendamtes werden gebeten dem Jugendhilfeausschuss eine aktuelle Bestandsdarstellung als Diskussionsgrundlage vorzulegen.</p> <p>T: Januar 2017 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur</p>
---------	--

Neben dem Änderungsantrag des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen (DS 1383/16) wurde folgender mündlicher Änderungsantrag gestellt:

Folgende Änderungen sind zu übernehmen:

Anlage 2 zu DS 0199/16:

Im Zeitplan zur Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 01.08.2017 – 31.07.2019 wird als Punkt 9.1. eine 90-minütige Sitzung des Jugendhilfeausschusses unter Hinzuziehung der Ortsteilbürgermeister zur Kita-Bedarfsplanung hinzugefügt. Die Anhörung der Ortsteilbürgermeister wird im Vorfeld zur regulären Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Januar 2017 stattfinden.

Konzept zur Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Erfurt. (vgl. Anlage zu DS 1383/16)

S. 6

a) Kindertageseinrichtungen

(...)

- belegte Plätze zum jeweils 1. des Monats **im vergangenen Planungszeitraum** sowie
- (...)

Der mündliche Änderungsantrag wurde einstimmig bestätigt.

Die Entscheidungsvorlage zur Konzeption Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege wird um die Änderungsvorschläge der beiden Änderungsanträge ergänzt.

**mit Änderungen beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss**

**Die Konzeption zur Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege in der Stadt Erfurt wird beschlossen.**

- 6.1.1. Antrag des Unterausschusses Kita zur Drucksache 0199/16 1383/16  
 - Konzeption Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege  
 BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen  
 hinzugezogen: amt. Leiterin des Jugendamtes

Siehe TOP 6.1.

mit Änderungen beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.2. Verfahren zur Fortschreibung der Maßnahmeplanung Familienbildung und Familienförderung 1256/16  
 BE: Vorsitzender Unterausschuss Familienförderung  
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Auf Grund des Hinweises Herrn Weise wurde die Entscheidungsvorlage mit folgenden redaktionellen Änderungen beschlossen:

Anlage 1: Zeitplan zur Fortschreibung des Maßnahmenplanes Familienbildung und Familienförderung:

Nr.	Termin	Planungsschritt	Verantwortung
...	...	...	...
3	April 2016	Protokoll über die Ergebnisse der Klausurtagung	Vorbereitung Verwaltung/Bestätigung im UA
...	...	...	...
5	Juni 2016	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <del>Bestätigung Protokoll der Klausurtagung;</del></li> <li>• Festlegung zum Briefentwurf im Rahmen der öffentlichen Beteiligung;</li> <li>• Zeitplanung</li> <li>• Verständigung zur Beteiligung Erfurter Familien am Planungsprozess</li> </ul>	Vorbereitung Verwaltung, Diskussion/ Festlegung UA
...	...	...	...

mit Änderungen beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der in Anlage 1 befindliche Zeitplan zur Fortschreibung der Maßnahmeplanung Familienbildung und Familienförderung wird beschlossen.

02

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Unterausschuss "Familienförderung" einen Vorschlag zur Fortschreibung des Maßnahmeplanes Familienbildung und Familienförderung zu erarbeiten.

6.3.            **Interessenbekundungsverfahren zur Trägerschaft der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an Grundschulen und Berufsbildenden Schulen ab 01.01.2017**            1342/16  
BE: amt. Leiterin des Jugendamtes

Die Tagesordnungspunkte: 6.3.; 6.3.1. und 6.3.2. wurden gemeinsam beraten.

Die Drucksache 1539/16 lag den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Rückfragen von Herrn Weise sowie Frau Pleitz zu den oben genannten Vorlagen wurden seitens der Verwaltung beantwortet.

Herr Uhlig reichte folgenden mündlichen Änderungsantrag ein:

Die Formulierung der Anlage 1 und 2 der DS 1342/16 – Kriterien für Interessenbekundung Grundschulen ist wie folgt zu ändern:

#### Anlage1

(...)

Der Leistungserbringer hat folgende Kriterien zu erfüllen:

- (...)
- Der Träger ~~mus~~ soll über Erfahrungen im Bereich der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 SGB VIII verfügen
- (...)

## Anlage 2

Der Leistungserbringer hat folgende Kriterien zu erfüllen:

- (...)
- Der Träger ~~muss~~ soll über Erfahrungen im Bereich der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 SGB VIII verfügen
- (...)

Der Vertreter des Jugendamtes präferierte die ursprüngliche Formulierung.

Der Änderungsantrag von Herrn Uhlig wurde mit folgendem Votum bestätigt:

**Ja 8 Nein 4 Enthaltung 3 Befangen 0**

Ein Vertreter des Jugendamtes nahm zum eingereichten Änderungsantrag von Herr Möller (Drucksache 1539/16) Stellung. Zusammenfassend unterstütze das Jugendamt die vorgeschlagenen Ergänzungen der Anlage 1 und 2<sup>2</sup>.

Die Entscheidungsvorlage zum Interessenbekundungsverfahren zur Trägerschaft der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an Grundschulen und Berufsschulen wird um die Inhalte der beiden Änderungsanträge ergänzt.

**mit Änderungen beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### Beschluss

**01**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens, um im Rahmen der Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplanes 2017 – 2021 einen geeigneten Träger für die Leistung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an Grundschulen zu benennen.

**02**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens, um im Rahmen der Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplanes 2017 – 2021 einen geeigneten Träger für die Leistung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an Berufsbildenden Schulen zu benennen.

**03**

Die in der Anlage dargestellten Kriterien werden als Grundlage für die Interessenbekundungsverfahren bestätigt.

---

<sup>2</sup> Inhalt des Änderungsantrages, siehe TOP 6.3.2.

- 6.3.1. **Befristete Übernahme der Leistung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an Grundschulen und Berufsbildenden Schulen vom 01.08.2016 bis 31.12.2016** 1340/16  
**BE: amt. Leiterin des Jugendamtes**

Siehe TOP 6.3.

**zur Kenntnis genommen**

- 6.3.2. **Antrag des Herrn Möller, Fraktion SPD zur Drucksache 1342/16 Interessenbekundungsverfahren zur Trägerschaft der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an Grundschulen und Berufsbildenden Schulen ab 01.01.2017 (Mindestvergütung)** 1539/16

Siehe TOP 6.3.

**beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**7. Festlegungen des Ausschusses**

- 7.1. **Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.06.2016 - Stand Anerkennung freie Trägerschaft "Jesus- Projekt Erfurt e.V."** 1206/16  
**BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, erkundigte sich nach dem aktuellen Verfahrensstand zur Anerkennung der freien Trägerschaft. Hieraus ergab sich folgende Festlegung:

1560/16	Der Jugendhilfeausschuss bittet um Vorlage einer Zeitschiene für die Einführung eines neuen Verfahrens zur Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe.  T: 06.09.2016 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
---------	--

**zur Kenntnis genommen**



## **8. Informationen**

- 8.1. Informationsaufforderung - Konzept Frühförderung 1437/16**  
**BE: Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses**  
**hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-**  
**ziales, Bildung und Kultur**

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, bat um Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die Sitzung am 06.09.2018 sowie um Versand der Stellungnahme mit der nächsten Einladung.

Gegen diesen Vorschlag erhob sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

### **vertagt**

- 8.2. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des**  
**Stadtrates (mdl.)**  
**BE: amt. Leiterin des Jugendamtes**

Es lagen keine jugendhilferelevanten Beschlüsse des Stadtrates vor.

## **8.3. Sonstige Informationen**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, informierte über die Änderungen der Sitzungstermine sowie die Termine für die Haushaltsanhörungen.

Eine schriftliche Zusammenfassung hierzu wurde mit der Einladung versandt.

In Bezug auf die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 12.05.2016 beschlossene Vorlage zu einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ausschuss für Bau und Verkehr zum Thema "Mobilität junger Menschen" berieten die Ausschussmitglieder über einen möglichen Termin und Ablauf.

Die 90-minütige gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ausschuss für Bau und Verkehr soll vor der regulären Sitzung am 27.10.2016 stattfinden.

Herr Kordon erkundigte sich, wann der Jugendhilfeausschuss in Form einer Information aus der Verwaltung über den aktuellen Stand zum Kita-Sanierungsplan informiert wird.

Ein Vertreter des Jugendamtes antwortet, dass derzeit gemeinsam mit dem Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung ein Entwurf erarbeitet wird. Mit Fertigstellung wird dieser vorgelegt.

Herr Möller verwies in diesem Zusammenhang auf die im Jugendhilfeausschuss beschlossene Vereinbarung, dass der Unterausschuss Kindertageseinrichtungen regelmäßig über Neuerungen zur Fortschreibung des Kita-Sanierungsplanes zu informieren ist, der Entwurf mit Fertigstellung daher dem Unterausschuss vorzustellen ist.

gez. Möller  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführerin